

## Bürgerversammlung für das Versammlungsgebiet „Gesamtstadt“ am 30.11.2107

LfdNr. Anträge

### **1 Sport- und Eventhalle am Großparkplatz - Sponsoring**

Die Bürgerin stellt folgenden Antrag:

**„Der Oberbürgermeister der Stadt Erlangen soll sich zeitnah mit dem Großsponsor Brose, Bamberg, in intensive Verhandlungen begeben, um ein gemeinsames Projekt Sport- und Eventhalle (am Großparkplatz) mit der Stadt Erlangen voranzutreiben“.**

**Über den Antrag der Bürgerin lässt Frau Lender-Cassens abstimmen.**

**Der Antrag der Bürgerin wird mehrheitlich angenommen.**

Die Bürgerin erläutert, dass Erlangen eine bundesligataugliche Handballhalle benötigt und sie dies bereits beim Oberbürgermeister angesprochen hatte. Die damalige Aussage war, dass hierfür ein Sponsor benötigt würde. Die Bürgerin weist darauf hin, dass sie den Erlanger Nachrichten entnommen habe, dass es derzeit Gespräche mit der Fa. Brose, Bamberg, gäbe. Diese möchten eine neue Halle für den Basketballsport errichten, der Standort könnte auch in Erlangen sein.

Die Bürgerin kritisiert, dass seitens des Oberbürgermeisters die Verhandlungen nicht vorangetrieben werden, die Chance des Sponsorings müsse man nutzen. Sie könnte sich vorstellen, dass Erlangen noch eine Halle sowohl für den Sport als auch für Events gebrauchen könnte. 6000 Zuschauer wären anzustreben. Den Standort der Halle könnte sich die Bürgerin durch die gute Anbindung auf dem Gelände des Großparkplatzes vorstellen.

Frau Lender-Cassens erläutert, dass die Thematik bekannt ist und derzeit versucht wird Lösungen zu finden. Die Lösungen müssen jedoch zusammen mit den Schulen gesucht werden, da Fördergelder beantragt werden können. Geplant ist z.B. eine 4-Fach-Halle im Osten Erlangens. Bei hohen Zuschauerzahlen reichen diese Kapazitäten natürlich auch nicht aus. Des Weiteren soll die Halle am Albert-Schweitzer-Gymnasium saniert werden, falls möglich soll dort eine 2-fach-Turnhalle entstehen, wenn die Fördermittel geklärt sind. Der Stadtrat hat sich für eine 2-fach-Turnhalle ausgesprochen, um auch dort einige Zuschauerplätze anzubieten. Die Frage zum Sponsor kann derzeit noch nicht von Seiten der Stadtspitze beantwortet werden. Frau Lender-Cassens weist auf den hohen Kostenfaktor hin, der demnach bei der Stadt verbleiben würde, auch wenn ein potentieller Sponsor vorhanden ist.

Herr Weber pflichtet der Bürgerin bei, dass es sich bei der Fläche am Großparkplatz um eine guterschlossene und derzeit untergenutzte Fläche handelt. Die Stadt Erlangen hält derzeit die Fläche für Planungen vor. Die Nutzung der Fläche hängt jedoch davon ab, wie sich der Stadtrat dazu entscheidet. Auch Herr Weber weist auf die die Problematik hin, dass selbst bei Sponsoring noch enorme Kosten bei der Stadt verbleiben (z. B. Unterhaltungspflicht).

Der Sponsor müsste die Gesamtkosten übernehmen.

Bereits vor 10 Jahren bestand nach Mitteilung von Herrn Beugel bereits der Wunsch zum Bau einer weiteren Veranstaltungshalle auf dem Großparkplatz und wurde geprüft. Auch hier waren damals bereits Sponsoren Thema. Diese hätten über Namensrecht gewonnen werden können. Die Errichtung der Halle kam jedoch aufgrund der hohen Kosten für den Sponsor nicht in Frage.

Der Stadtkämmerer weist darauf hin, dass er sich nicht vorstellen kann, eine komplette Kostendeckung zu bekommen. Er weist darauf hin, dass es der Stadt Erlangen nicht möglich ist zwei Hallen zu betreiben. Die Heinrich-Lades-Halle kann bisher fast kostendeckend betrieben werden. Die Thematik muss wirklich gut überlegt und geprüft sein.

## **2 Bebauung Komotauer Straße**

**Der Bürger beantragt:**

**„Die Stadtverwaltung soll mit dem Freistaat gemeinsam nach einer Alternative für die Bebauung der Wohnungen suchen und sich um den dauerhaften Erhalt des Naturspielplatzes Komotauer Straße in seiner jetzigen Form und Größe in der Weise kümmern, dass dort nie eine Bebauung erfolgt“**

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.**

Der Bürger erläutert die Gründe, warum die Initiative gegen die Bebauung ist und weist darauf hin, dass keinesfalls ausländerfeindliche Argumente vorliegen. Diese Klarstellung ist dem Bürger wichtig. Der Spielplatz wird überwiegend von den älteren Kindern genutzt (7 – 14 Jahre). Es werden starke Bedenken gegen die Bebauung geäußert.

Er bittet um sofortige Abstimmung seines Antrages.

Frau Lender-Cassens bittet um Verständnis, dass auch die Stadt Erlangen hier in der Bürgerversammlung ihre Seite darstellen möchte und dies auch seine Berechtigung hat.

Es wird das bisher entwickelte Skript in der Bürgerversammlung erläutert. Die Regierung von Mittelfranken möchte bauen. Es wurde verhandelt und geprüft, welche Teile bebaut werden können. Es sollen dort 16 Wohnungen errichtet werden. Zum Thema Arten- und Naturschutz wird das Möglichste getan, kein geschützter Baum wird gefällt. Für den Erhalt der 2 zu schützenden Eichen wurden Lösungen gefunden. Das Gebäude wird verschoben, daher wird der Spielplatz kleiner. Es können jedoch Mittel zur Aufwertung des Spielplatzes beantragt werden. Der Spielplatz wird mit den Kindern gestaltet. Es handelt sich hier lediglich um Entwürfe. Für die Gestaltung des Spielplatzes sind 280.000 Euro vorgesehen.

Frau Lender-Cassens stellt richtig, dass es sich nicht um ein Wohnheim sondern um Wohnungen handelt. Dies wird auch von Herrn Weber bestätigt.

Herr Weber erklärt, dass ein rechtskräftiger Bebauungsplan vorliegt.

§ 34 BauGB schreibt vor, dass sich die Bebauung in die örtliche Umgebung einfügen muss. Die Umgebung ist geprägt von 1 – 2 geschossigen Gebäuden mit Dachgeschoss, freistehend. Die Kriterien erfüllt die Bebauung des Freistaates Bayern.

Die privaten Stellplätze, die Siemens dort angemietet hatte sind bereits entmietet und Siemens wird andere Flächen anmieten. Des Weiteren weist Herr Weber darauf hin, dass die Spielfläche in der Rathenau erweitert werden kann.

Der Bürger weist darauf hin, dass der Initiative letzte Wochen andere Zahlen vorgelegt wurden. Nicht 200 – 500 m<sup>2</sup> sondern 750 m<sup>2</sup> sollen beim Spielplatz wegfallen. Dies wurde vom Staatlichen Bauamt bestätigt (Termin mit Herrn Herrmann).

Er weist darauf hin, dass die Spielfläche in der Rathenau für Kleinkinder geeignet ist - nicht für Kinder/Jugendliche – für diese Altersgruppe steht nur die Fläche in der Komotauer Straße zur Verfügung.

Ein weiterer Bürger fragt nach, ob die Möglichkeit besteht, dem Freistaat Bayern das bestehende Baurecht zu entziehen. Wie hoch wäre die Entschädigung bei dieser Fläche ?

Herr Ternes teilt mit, dass grundsätzlich Baurecht nicht entzogen werden kann. Liegt ein Antrag auf Baugenehmigung vor und sind die rechtlichen Gegebenheiten vorhanden, ist eine Baugenehmigung zu erteilen.

Möglichkeit wäre eine Überplanung des Grundstückes mit einem Bebauungsplanverfahren (lt. Gesetz Planungsschaden). Hierzu müssen jedoch städtebauliche Gründe vorliegen, eine reine Verhinderungsplanung ist dem BauGB fremd.

### **3 Geschwindigkeitszeichen**

**Der Bürger beantragt, dass**

**die Stadt Erlangen eine angemessene Zahl an Geräten (Tafeln) an sensiblen Orten aufstellt.**

**Der Antrag des Bürgers wird mehrheitlich angenommen.**

Der Bürger ärgert sich darüber, dass im Stadtgebiet Erlangen wenig Geschwindigkeitszeichen (Smileys) montiert sind. Dem Bürger ist auch bekannt, dass es wohl ein Gerät der Verkehrswacht gibt, dieses ist dem Bürger im Stadtgebiet jedoch noch nicht aufgefallen. Er regt an, im Stadtgebiet Erlangens mehr Geschwindigkeitszeichen anzubringen, z. B. an Einfallstraßen Erlangens (Drausnickstraße, Schlachthof, von Herzogenaaurach nach Bruck kommend, Neue Straße, in Höhe von Schulen oder Seniorenwohnheimen).

Eine angemessene Anzahl an Geschwindigkeitstafeln wären z. B. ca. 20 Stück.

Herr Janousek erläutert, dass bei der Verkehrswacht 2 Geräte zur Geschwindigkeitsüberwachung existieren, hierfür gibt es einen detaillierten Einsatzplan. Die Geräte werden überwiegend in sensiblen Bereichen eingesetzt, z. B. Schulen, Kindergärten etc.. Gibt es Wünsche, z.B. aus Bürgerversammlungen, werden die Geräte zur Geschwindigkeitsüberwachung auch – wenn möglich – an den gewünschten Orten aufgestellt.

Herr Janousek wendet ein, dass bei einer Anschaffung von 20 Geschwindigkeitstafeln, die Geräte gewartet und montiert werden müssen, hierzu ist Personal erforderlich. Der Bürger regt an, doch auf die großen Firmen Erlangens zuzugehen um Sponsoren hierfür zu finden.

#### **4 Fußgängerüberweg Bahnhof**

**Die Bürgerin stellt den Antrag, dass für Fußgänger zwei sichere Querungshilfen in Form von Zebrastreifen oder Druckampeln im Bereich Bahnhofplatz geschaffen werden.**

**Der Antrag der Bürgerin wird von Frau Lender-Cassens zur Abstimmung gestellt.**

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.**

Die Bürgerin stellt die Situation für Fußgänger im Bereich des Bahnhofplatzes dar.

Sie moniert, dass es keinen sicheren Übergang für Fußgänger gibt. Sie weist auf die Druckampel in der Universitätsstr. hin. Zebrastreifen wären auch hilfreich beidseits (in Höhe des früheren Webers und in Höhe des Bergsportgeschäfts).

Herr Weber teilt mit, dass die Stadt Erlangen bemüht ist, dort bessere Lösungen zu finden, die Belastung ist in dem Bereich sehr groß. Beim ÖPNV werden nach Lösungen (z. B. Umlagerung des Omnibusverkehrs) gesucht.

Herr Weber richtet Appell an die gegenseitige Rücksichtnahme an alle Verkehrsteilnehmer in diesem Bereich.

Herr Janousek teilt mit, dass eine Überprüfung des Bereiches schon vor einiger Zeit stattgefunden habe. Voraussetzung für einen Fußgängerüberweg ist, dass der Fußgängerverkehr gebündelt auftreten muss. Im Bereich des Bahnhofplatzes ist dies nicht der Fall. Für Fußgängerüberwege gelten strenge rechtliche Voraussetzungen.

Eine weitere Bürgerin teilt mit, dass Bürger mit Kindern auch ein Stück gehen, um einen sichern Fußüberweg zu erreichen. Ein Angebot sollte zur Sicherheit angeboten werden.

In Höhe des Bergsportgeschäftes sowie auf Höhe des früheren Webers wäre für die Bürgerin ein Fußüberweg sinnvoll (2 Zebrastreifen). Auch auf die unzulässige Durchfahrt von KFZ war noch einmal Thema.

Nach Auffassung eines Bürgers wäre z. B. eine Schraffierung (Mischfläche) schon sinnvoll.

Herr Weber wird noch einmal entweder die AG Rad oder über das Forum Verkehr dazu einschalten.

## **5 Sanierung der VHS Friedrichstr. 17**

**Die Bürgerin stellt folgenden Antrag dass die Sanierung des VHS-Gebäudes auf jeden Fall vorgezogen wird.**

**Der Antrag der Bürgerin wird mehrheitlich angenommen.**

Die Bürgerin trägt vor, dass in der VHS, Friedrichstr. 17, das Dach undicht ist und die Heizung sich nicht regeln lässt. Sie weist auf die erhöhten Betriebskosten hin. Die Bürgerin moniert, dass das undichte Dach nicht repariert wird.

Frau Lender-Cassens teilt mit, dass es sehr viele sanierungsbedürftige Gebäude gibt, sichert jedoch zu, dass das Dach repariert wird.

Laufende Unterhaltsmaßnahmen, z. B. das undichte Dach, werden nach Auskunft von Herrn Weber sofort gemacht. Die angesprochene Regelung der Heizung hätte jedoch eine Generalsanierung zur Folge, dies kann derzeit nicht geleistet werden. Die Investitionen müssen Schritt für Schritt angegangen werden. Eine gleichzeitige Generalsanierung bei allen Objekten ist nicht möglich. Er erläutert die geplante Vorgehensweise. Derzeit werden 3 Projekte im Kulturbereich anstehen: Stadtmuseum, Theater und VHS-Sanierung.

Es bedarf der politischen Entscheidung, in welcher Reihenfolge die Projekte angegangen werden. Die Notsanierungen werden gemacht (z. B. Dächer, Heizungen etc.).

Frau Steinert-Neuwirth teilt der Bürgerin mit, dass im ersten Quartal der öffentliche Kulturausschuss hinsichtlich der Sanierung der genannten Gebäude tagt, hierzu lädt Frau Steinert-Neuwirth die Bürgerin herzlich ein. Die Informationen hierzu sind der Presse zu entnehmen.

Der dringende Sanierungsbedarf von allen 3 Gebäuden ist bereits bekannt. Derzeit läuft die Sanierung des Frankenhofes. Frau Steinert-Neuwirth pflichtet Herrn Weber bei und weist darauf hin, dass alles Schritt für Schritt angegangen werden muss.

## **6 Neubebauung Berufsschulgelände**

**Die Bürgerin stellt folgenden Antrag:**

**Im Zusammenhang mit dem Berufsschulzentrum soll ein Zeit- und Kostenplan von der Verwaltung aufgestellt werden.**

**Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich befürwortet**

**Die Bürgerin stellt einen weiteren Antrag:**

**„Eine zeitgemäße Ausstattung für die Werkstätten des Berufsschulzentrums zu schaffen“.**

**Der Antrag wird mehrheitlich befürwortet.**

Die Bürgerin teilt mit, dass auf dem Gelände die Berufsoberschule, Fachoberschule, Berufsschule, Technikerschule sowie die Hiersemann-Halle und einen Werkstätentrakt angesiedelt sind.

Der Werkstätentrakt ist in einem desolaten Zustand. Das Gebäude ist nach Meinung der Bürgerin baufällig und eine Neubebauung wurde schon vor Jahren versprochen.

Die Bürgerin bittet um Darstellung des Sachstandes hierzu. Liegen Zeitpläne und Kostenpläne vor. An 10 Stellen tritt Wasser in das Gebäude ein. Auch die Schulmittel sind veraltet, es stehen keine modernen CAD-Maschinen zur Verfügung.

Herr Weber bestätigt, dass der Zustand des Gebäudes wirklich schlecht ist. Es wird trotzdem versucht, die Dächer halbwegs abzudichten. Bei Flachdächern ist es jedoch relativ schwierig. Herr Weber sagt zu, dass der Neubau des Werkstätentrakts im Haushalt fixiert ist. Der Planungsauftrag ist bereits vergeben. Wenn der Neubau des Werkstätentrakts erfolgt ist, wird der alte Werkstätentrakt abgerissen. Während der Bauzeit muss der alte Trakt noch bestehen bleiben. Beginn der Maßnahme ist für 2019 geplant. Herr Weber bittet um Geduld, dass noch 1 – 2 Jahre der Zustand so verbleiben wird, bis der Neubau erfolgt ist. Auch der Stand der Technik wird dann aktualisiert. Ziel ist eine moderne Berufsbildung.

Die Bürgerin kritisiert, dass die Werkbänke mittelalterlich und gefährlich sind und teilt mit, dass sie mit dem Gewerbeaufsichtsamt Kontakt aufgenommen habe. Des Weiteren äußert sie Bedenken dass das Gebäude einsturzgefährdet ist.

Herr Beugel teilt mit, das Mittel für den Bau des Werkstätentrakts in voller Höhe im Finanzplan enthalten sind. Der Haushaltsplan 2018 sowie der mittelfristige Investitionsplan bis 2021 enthält die auch vom Gebäudemanagement angemeldete Summe für die vollständige Sanierung. Die Finanzierung steht. Herr Beugel weist darauf hin, dass der Haushalt öffentlich ist und gerne in der Kämmerei eingesehen werden kann.

Herr Weber teilt der Bürgerin noch einmal ausdrücklich mit, dass das Gebäude nicht einsturzgefährdet ist.

In den Altbau werden keine großen Investitionen mehr erfolgen.

Bezüglich der Nachfrage, ob Baugutachten vorhanden sind und diese auch eingesehen werden könnten, teilt Herr Weber mit, dass dies beim Gebäudemanagement möglich ist.

Frau Steinert-Neuwirth ergänzt, dass wenn der Neubau jetzt zügig kommt auch die Innenausstattung modernisiert wird. Im Altbau werden keine großen Investitionen mehr vorgenommen.

Die Bürgerin weist noch einmal auf die Gefährlichkeit (z. B. der Werkbänke und veralteten Maschinen) hin.

Herr Ternes stellt hierzu folgendes klar:

Wenn es denn so gefährlich ist, wäre die Schulleitung gut beraten, die Werkstätten still zu legen – hier ist die Schulleitung zuständig

Dies wäre dann Pflicht der Schulleitung. Hier ist nicht der Sachaufwandsträger (Stadt Erlangen) zuständig.

Wenn Gefahr im Verzug ist muss die Schulleitung handeln. Dies muss haftungsrechtlich getrennt werden.  
Die Stadt Erlangen ist hier nicht in der Verpflichtung.

## **7 Grundstücke im Bereich Hallenbad Frankenhofs**

**Der Bürger stellt folgenden Antrag:**

**Nutzung des Grundstückes im Bereich des ehemaligen Hallenbades Frankenhof als öffentlicher Raum.**

**Der Antrag wird mehrheitlich befürwortet.**

Der Bürger bittet, dass das Grundstück bei den Planungen im Bereich des Frankenhofes ein Grundstück der Bürger bleibt. Hier soll keine Wohnbebauung erfolgen. Bestenfalls eine Nutzung der Synergien mit dem neuen Bildungs-Campus, der dort entsteht. Er weist darauf hin, dass der Elternbeirat des angrenzenden Gymnasiums hier auch schon vorstellig geworden ist.

Herr Weber teilt mit, dass der Ankauf des Grundstückes bereits beschlossen ist, jedoch die Nachnutzung noch nicht. Derzeit wird überlegt, was mit dem Bereich passieren wird. Dies ist noch offen. Im ersten oder zweiten Quartal wird es voraussichtlich hierzu eine Stadtratsvorlage geben.

## **8 Grünanlage Güterhallenstr. / Ecke Goethestraße**

**Der Bürger stellt folgenden Antrag:**

**„Erweiterung und Neugestaltung an der Güterhallenstraße, dass dies vorgenommen wird – möglichst unter Einbeziehung des verpachteten Grundstückes und der Öffnung zu den Toiletten“.**

**Der Antrag wird mehrheitlich befürwortet.**

Bei der Grünanlage Güterhallenstraße /Ecke Goethestraße handelt es sich um eine schützenswerte Anlage, die von vielen Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird.

Nach Auffassung des Bürgers sollte eine Aufwertung des Platzes stattfinden, z B. Umgestaltung, Öffnung hin zu den Arcaden, Einbeziehung des Biergartens, Zugang und Sichtsituation zu den öffentlichen Toiletten verbessern.

Frau Lender-Cassens teilt hierzu mit, dass die Fläche nicht bebaut wird. Bei dem Grundstück auf dem die Weide steht, handelt es sich um ein Grundstück der Stadt Erlangen, welches derzeit verpachtet ist.

Die Fläche an der Güterhallenstraße bleibt bestehen und eine Umgestaltung wäre evtl. möglich. Derzeit kann die Abt. Stadtgrün aufgrund anderer Maßnahmen keine Aufwertung leisten.

Der Bürger fragt nach, ob bei einer Neuverpachtung die Anbindung an die bestehende Grünfläche möglich wäre, um damit den Zugang zu den Toiletten zu öffnen, damit dort die „Schmuddelecke“ entfernt wird.

## 9 Grünes Sofa

### **Antrag:**

**Die Stadt soll das Grüne Sofa dabei unterstützen, möglichst schnell neue finanzierbare Räume zu finden.**

**Der Antrag wird mehrheitlich beschlossen.**

Der Bürger weist hin, dass das Grüne Sofa Alleinerziehende in schwierigen Situationen unterstützt (z. B. Kinderbetreuung in Randzeiten etc.).

Derzeit ist das Grüne Sofa auf dem künftigen Siemens-Campus-Gelände situiert (alter Edeka). Es ist davon auszugehen, dass die Räumlichkeiten wegfallen. Das Grüne Sofa benötigt neue Räume. Miete kann jedoch nicht geleistet werden.

Herr Beugel teilt mit, dass der Verein von der Stadt Erlangen finanziell unterstützt wird. Einen Überblick über freistehende gewerbliche Räume (Büros, Lager etc.) hat die Wirtschaftsförderung. Er bietet an, dass sich das Grüne Sofa dorthin wenden kann, ob geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Eine Mitarbeiterin des Zentrums für Alleinerziehende meldet sich zu Wort und dankt dem Bürger für die Unterstützung. Im Jahr 2018 müssen die Räumlichkeiten geräumt werden. Sollten keine Räumlichkeiten gefunden werden können keine offenen Treffs, Vorträge, Kinderbetreuung mehr angeboten werden.

Private Räume sind mit Kosten verbunden – diese Kosten können nicht getragen werden, es handelt sich um einen Verein, der mit Ehrenamtlichen arbeitet und lediglich eine Zuschuss von der Stadt Erlangen bekommt.

Idee wäre ein soziokulturelles Zentrum, wo Selbsthilfegruppen, Elterninitiativen, Beratungsstellen in einem Haus gebündelt werden. Der Verein ist offen für alle Familien, auch Integration und Inklusion ist hier ein Thema.

## 10 Spielstraße Steinheilstraße

**Der Bürger stellt folgenden Antrag:**

**Steinheilstraße soll zu einer Spielstraße umgewidmet werden.**

**Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.**

Der Bürger bittet, die Steinheilstraße in eine Spielstraße umzuwidmen. Er weist darauf hin, dass die baulichen Gegebenheiten hier für eine Spielstraße vorliegen.



## **11 Bauliche Veränderungen Anschützstraße**

**Der Bürger beantragt:**

**Die Anschützstraße baulich so zu verändern, dass sie zur Spielstraße umgewidmet werden kann, damit diese Spielstraße werden kann.**

**Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich befürwortet.**

Der Bürger regt an, die Anschützstraße ab Kreuzung Steinheilstraße (Sackgasse) baulich so zu verändern, dass eine Umwidmung als Spielstraße erfolgen kann.

## **12 Brücke über das Röthelheimbächle auf Höhe des Biergartens**

**Die Bürgerin stellt den Antrag:**

**„Am Übergang zum Biergarten soll an der gleichen Stelle wieder eine Brücke über den Röthelheimgraben errichtet werden“.**

**Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.**

Die Bürgerin teilt mit, dass das Brückchen über das Röthelheimbächle rege genutzt wurde. Es handelte sich um die Verbindung von der Kleinen Schenkstraße zum Biergarten hin. Sie bittet das Brückchen über den Röthelheimbächle wieder zu errichten.

Herr Weber teilt mit, dass aufgrund der Kostensituation das Brückchen nicht mehr gebaut wurde, die Brücke müsste dauerhaft den Ansprüchen der Sicherheit genügen. Die alte Brücke musste entfernt werden.

## LfdNr. Anliegen

### 13 Sachstand StuB und Siemens-Campus

Der Bürger fragt den aktuellen Sachstand der Stadtumlandbahn an. Er bittet um Information was am 18.12.2017 geplant ist.

Herr Weber teilt mit, dass am 18.12.2017, 18.00 Uhr das Dialogforum zur Stadtumlandbahn in Herzogenaurach stattfindet. Die Zusammensetzung des Dialogforums wird erläutert.

Der Zweckverband hat mit Sitz in Erlangen seine Arbeit aufgenommen. Derzeit werden die Planfeststellungsunterlagen vorbereitet. Sobald die Planfeststellungsunterlagen fertiggestellt sind (Dauer ca. 2 Jahre), werden diese der Regierung von Mittelfranken vorgelegt.

Auf Nachfrage des Bürgers wird mitgeteilt, dass auch die Erlanger Bürgerinnen und Bürger an der Veranstaltung in Herzogenaurach teilnehmen können. Genauere Infos können im Internet unter Zweckverband Stadtumlandbahn eingesehen werden.

Der Bürger bittet darum, dass die Internetseite besser aufbereitet wird. Herr Weber teilt mit, dass derzeit die Internetseite umgestellt wird. Die Seite wird künftig vom Zweckverband gepflegt.

Zur Veranstaltung am 18.12.2017 wird durch die Presse rechtzeitig eingeladen.

Herr Weber wird jedoch noch einmal die Anregung mitnehmen und bitten die Informationen zügig auf der Internetseite einzustellen.

### 14 Sachstand Siemens-Campus

Der Bürger bittet, den Sachstand Siemens-Campus zu erläutern.

Herr Weber teilt mit, dass derzeit das Modul 1 zwischen S-Bahn und G.-Scharowsky-Str. geräumt ist, es werden die Erschließungssysteme erstellt, danach die Hochbauten. Südl. des ersten Baufeldes werden die Parkieranlagen erstellt. Für Modul 1 und den Parkieranlagen sind alle Baugenehmigungen ausgesprochen.

Modul 2 östlich der G.-Scharowsky-Str. wird demnächst die Baugenehmigungen von der Fa. Siemens eingereicht werden.

Sog. Modul 3 wird entwickelt, hier geht es um den internen Bereich von Siemens.

Informationsveranstaltungen werden voraussichtlich im 1. Quartal 2018 durchgeführt.

Herr Weber weist darauf hin, dass es auch wieder einen Stadtspaziergang geben wird, er bittet dann um rege Teilnahme der Bürgerschaft.

## **15 Baumaßnahme in der Nürnberger Straße / Ohmplatz**

Die Bürgerin teilt mit, dass hier Bäume gefällt werden und fragt nach ob alter Baumbestand gefällt wird.

Herr Weber teilt mit, dass im Bereich des Ohmplatzes Kanalbaumaßnahmen stattfinden. Es handelt sich um eine Tiefbaumaßnahme. Dort entsteht auf der Ostseite ein Regenrückhaltestauraumkanal. Die Maßnahme ist dringend notwendig. Zunächst sollte westlich ein großen Becken gebaut werden – jedoch hat sich eine kostengünstigere Lösung umsetzen lassen – deswegen erfolgte die Umplanung und es wird ein Regenrückhaltestauraumkanal errichtet. Der Stadtrat wurde unterrichtet.

13 Bäume liegen in dieser Trasse – auch wenn die Maßnahme westlich durchgeführt worden wäre, wären auch 13 Bäume betroffen gewesen.

2 Bäume werden umgepflanzt und für die weiteren Bäume werden Ersatzpflanzungen vorgenommen. Der Bau- und Werkausschuss hat dies behandelt und es sollen großkronige Bäume werden. Das gesamte Umfeld wird nach der Maßnahme wieder hergerichtet.

Frau Lender-Cassens teilt mit, dass die Maßnahmen nicht in Frage gestellt werden.

Sie bedauert, dass bei Baumaßnahmen immer Bäume betroffen sind. An dieser Stelle musste die Entscheidung so getroffen werden.

## **16 Öffnungszeiten Westbad**

Der Bürger hätte den Wunsch, dass an einem Tag in der Woche vormittags das Westbad für den Allgemeinbetrieb genutzt werden kann. Es solle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die z. B. im Schichtbetrieb arbeiten, auch ermöglicht werden das Westbad vormittags zu nutzen.

Herr Wurzschnitt, ESTW, teilt hierzu mit, dass das Westbad der Ersatz für das Frankenhof ist. Förderbedingung ist, dass das Westbad für Schulschwimmen zur Verfügung gestellt werden muss. Mo – Freitag von 8 – 13:00 Uhr ist nur für Schulschwimmen vorgesehen. Montag, Mittwoch und Freitag wird 6.30 – 8.00 Uhr kann vorher geschwommen werden. Weiteres Angebot kann nicht zur Verfügung gestellt werden. Hier muss auf das Röthelheimbad verwiesen werden.

Frau Steinert-Neuwirth teilt mit, dass Schulschwimmen nicht reduziert werden kann.

Die Auslastung ist gegeben.

## 17 Buslinie 288

Die Bürgerin bittet, die Buslinie 288 wieder einzuführen. Die Bürgerin stellt dar, dass die ältere Bevölkerung (z. B. die Bewohner des Altenheimes in der Habichtstraße) keine Möglichkeit mehr haben direkt zum Neuen Markt zu kommen.

Frau Güzel, ESTW teilt hierzu mit, dass der Nahverkehrsplan 2016 bis 2021 aufgestellt wurde. Dieser wurde in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Erlangen aufgestellt. Dieser wird Stufe für Stufe umgesetzt. Die Linie 288 ist durch die Linie 280 (auch aufgrund der Pendler und Studenten) ersetzt worden. Frau Güzel weist auf das immense Ein- und Auspendeln in Erlangen hin, es wurde auch darauf geachtet den neuen Halt an der Paul-Gossen-Straße zu nutzen.

Die Linie 280 wird nach Spardorf erweitert. Auch hier sollen die Einpendler aus Richtung Neunkirchen abgefangen werden.

Es wird bedauert, dass teilweise gute Verbindungen verloren gehen, jedoch wird um Verständnis gebeten, dass es sich um Gesamtkonzept handelt, das auf alle Bedürfnisse abgestimmt ist. Ein Erreichen des Neuen Marktes ist durch Umsteigen seit der Öffnung der Martinsbühlerstr. wieder möglich.

Die Innenstadt muss vom Verkehr entlastet werden, daher lassen sich die Umstiege nicht vermeiden.

## 18 Regelung des Radverkehrs

Die Bürgerin lässt mitteilen, dass bei einer Stammtisch-Diskussion Uneinigkeit über die derzeitige Regelung des Fahrradverkehrs in der Friedrichstraße ist.

Radfahren

1. Nur in Einbahnstraßenrichtung
2. auch gegen die Einbahnstraßenrichtung
3. probeweise auch gegen die Einbahnstraßenrichtung erlaubt

Herr Janousek teilt die derzeitigen Regelungen mit.

Die Friedrichstraße ist als Einbahnstraße Richtung Osten ausgewiesen.

Sowohl für Radfahrer als auch für Autofahrer ist das Befahren nur in diese Richtung gestattet.

Fahrt in die Gegenrichtung ist absolut unzulässig.

Wann wurde vom Stadtrat beschlossen, dass der Abschnitt Nürnberger Straße zwischen Henkestraße und südlicher Stadtmauer und die südliche Stadtmauer Straße ab Hauptstraße bis zur Kammererstraße als Fußgängerzone eingerichtet wird (Trasse Nord – Süd)

Es handelte sich um einen Teil der Fahrradtrasse.

Wann erfolgte der Stadtratsbeschluss.

Herr Janousek teilt mit, dass die Fußgängerzone dort schon sehr lange besteht (ca. seit 1984). Lieferverkehr ist zulässig.

Die Fußgängerzone geht nach Auskunft von Herrn Weber bis zur Kammererstraße. Ab der Kammererstraße nach Osten hin, handelt es sich um einen verkehrsberuhigten Bereich (auch dies wurde zum 1984 eingerichtet).

## **19 IT-Ausstattung in Grundschulen**

Der Bürger weist auf die schlechte Ausstattung der Grundschulen hin, er bittet die Stadt Erlangen die Schulen bei der Einrichtung von Computerklassenräumen zu unterstützen (z. B. alte Computer der Verwaltung)

Des Weiteren bittet er, die Schulen an Glasfasernetz anzubinden.

Frau Steinert-Neuwirth berichtet, dass die Kommune als Sachaufwandsträger fungiert und auch zuständig ist. Die Planung ist schon fortgeschritten – die Schulen sollen auch entsprechend ausgestattet werden. Das Konzept wurde im Bildungsausschuss beschlossen und nennt sich „smarter school“. Hier sind eine Fülle von Maßnahmen in den nächsten Jahren geplant. Die Schulen sind aufgefordert, Medienentwicklungspläne zu erarbeiten.

Die Stadt Erlangen arbeitet hier ganz eng mit den Schulen zusammen.  
Mittel stehen im Haushalt bereit.

Von der Stiftung Bildungspakt Bayern wurde für das Projekt „Schule digital 2020“ die Realschule am Europakanal ausgewählt.

Frau Steinert-Neuwirth teilt mit, dass Erlangen hier schon auf einem sehr guten Weg ist.

Herr Ternes teilt mit, dass sich die Stadt Erlangen schon frühzeitig dafür entschieden hat, auch die Versorgung der Schulen - sowohl bei den Verwaltungsarbeitsplätzen als auch der pädagogischen PCs - an den Dienstleister Kommunalbit anzubinden.

Er weist darauf hin, dass gerade alte Verwaltungs-PCs – wie vom Bürger vorgeschlagen – nicht in den Schulen verwendet werden. Diese sind dann auch tatsächlich veraltet.  
Geplant sind neue Geräte mit Lifecycletausch.

Infrastruktur wird auch von KommunalBit versorgt. Die Gespräche mit den Erlanger Stadtwerke laufen bereits, um die nächsten 1 - 2 Jahren die Schulen mit Glasfaser zu versorgen.

## 20 Radweg Löhestraße Richtung Markuskirche, Vorteile von Fahrradstraßen, Geisterradfahrer, Gehwegplatten nach Baustellen

Die Bürgerin weist darauf hin, dass nicht klar ist, wo der Radfahrer in der Löhestraße Richtung Markuskirche fahren darf. Die rote Markierung geht nur bis zur Eichendorffstraße, dann wird der Weg grau. Beschilderung fehlt. Die Bürgerin moniert, dass der Radweg ab der Eichendorffstraße für Begegnungsverkehr zu eng ist. Wie ist die rechtl. Situation dort.

Des Weiteren fragt die Bürgerin nach, was denn die Vorteile von Fahrradstraßen sind.

Die Bürgerin teilt auch mit, dass es teilweise sog. „Geisterradfahrer“ gibt. Diese kommen einfach entgegen. Sie teilt mit, dass es in anderen Städten Schilder mit der Aufschrift „Wenn Sie das Lesen sind sie ein Geisterfahrer,“ gibt.

Weiteres Anliegen sind die Gehwegplatten. Diese werden zwar nach Baustellen festgerüttelt jedoch nicht mehr eingesandet (Beispiel Löhestraße - Richtung Markuskirche). Die Bürgerin sieht das Problem, dass die Gehwegplatten dadurch schneller kaputt gehen (z. B. Allee am Röthelheimpark zwischen Aldi und Kaufland), hier wurden die Gehwegplatten mittlerweile durch Asphalt ersetzt.

Das Thema Geisterradler wurde in der AG Rad besprochen und angeregt, Kampagnen dagegen zu machen.

Herr Neubauer, Polizei teilt bezüglich der Geisterradler mit, dass dies ein sehr großes Problem ist. 20 – 25 % aller Unfälle bei denen Radler beteiligt sind, sind darauf zurückzuführen.

Die Überwachung ist schwierig. Überwachung geht nur bei Kontrollen. Diese werden auch von der Polizei z. B. durch den ADFC gefordert. Er teilt mit, dass an 2 Abenden 70 Verwarnungen ausgesprochen wurden.

Problem ist die Akzeptanz der Verkehrsregeln. Viele Radfahrer neigen zu kleineren Regelungsübertretungen. Herr Neubauer appelliert, doch Verkehrsregeln einzuhalten.

Frau Lender-Cassens weist darauf hin, dass der ADFC dabei ist ein Konzept auszuarbeiten, die Studierenden aus dem Ausland besser hinzuweisen. Hier wird mit der Universität kooperiert.

Herr Janousek erläutert die Regeln für Radfahrer die sich im Jahr 2010 geändert haben. Radwege sind nur noch dann benutzungspflichtig (blaues Schild mit Radfahrer) wenn eine besondere Gefahr für den Radfahrer besteht. Im Normalfall fährt der Radfahrer auf der Straße. Fast im gesamten Straßenverkehr herrscht keine Benutzungspflicht der Radwege (Ausnahme wäre z. B. die Paul-Gossen-Straße).

In Höhe der Löhestraße sind die Platten ausgetauscht worden. Hier sichert Herr Janousek zu, dass die Gegebenheiten vor Ort noch einmal geprüft werden und entweder eine Markierung oder Beschilderung erfolgen wird.

Sinn einer Fahrradstraße ist, die Attraktivität für den Radverkehr zu steigern. Es steht mehr Platz zur Verfügung (es kann z. B. nebeneinander gefahren werden). Es gilt die Regelgeschwindigkeit von max. 30 kmh.

Herr Weber teilt mit dass eine Einsandung der Gehwegplatten erfolgt, jedoch verschwindet der Sand immer wieder, dann wird eine Nachsandung vorgenommen.

In Höhe Aldi Kaufland musste asphaltiert werden, da die Belastung für Gehwegplatten zu hoch ist. Bei Einfahrten ist dies häufiger der Fall.

## **21 Radwegachse Erlöserkirche / Bayernstraße/Regnitz in Richtung Neumühle**

In der Sitzung des Stadtteilbeirats Anger/Bruck hat der Bürger bereits im Juli auf die Problematik hingewiesen, dass an der Friesenweg / Bayernstraße die Beschilderung einer Amtspflichtverletzung entspricht.

Die Verkehrsteilnehmer, die auf dieser Straße fahren haben kein Vorfahrtsschild.

Im Friesenweg gibt es kein Schild.

Gleiches Problem besteht in der Schwabenstraße, hier hat die Reg. v. Mfr. vor etlichen Monaten mitgeteilt, dass an der Kreuzung Schwabenstraße eine Änderung der Vorfahrt mit Bevorrechtigung der Radfahrer beabsichtigt ist. Der Bürger moniert, dass lange Zeit verstrichen ist und nichts veranlasst wurde. Wann wird der Mangel abgeschafft.

Herr Janousek teilt mit, dass es sich um eine sog. „positive“ Beschilderung handelt. Die Anbringung der Schilder ist bereits angeordnet, jedoch noch nicht vollzogen. Eine positive Beschilderung hat nicht die oberste Priorität.

Die Schilder werden bei Gelegenheit angebracht.

Herr Ternes stellt zum Thema Amtspflichtverletzung richtig, dass diese nicht vorliegt.

Eine Schuldhaftigkeit liegt nicht vor.

## **22 Kreuzung Friesenweg / Schwabenstraße**

Ein Bürger weist darauf hin, dass der Grünstreifen geschlossen und ein Zebrastreifen aufgetragen wurde. Bus und Fahrzeuge weichen auf den Bereich zum Zebrastreifen aus. Autos fahren an dem Grünbereich vorbei, Begegnungsverkehr ist auf dem Zebrastreifen möglich (Kreuzung Friesenweg / Schwabenstraße).

Wird die Möglichkeit einer Absicherung gesehen, z. B. Anbringung eines Schildes weißer Pfeil / roter Pfeil.

Bisher ist die Problematik nicht bekannt und Herr Janousek teilt mit, dass Begegnungsverkehr möglich ist und nicht verboten ist. Fahrzeuge die jedoch aus Richtung Norden kommen sollten jedoch nicht über den Neumühlsteg halb ausweichen.

Herr Janousek wird die Stelle noch einmal überprüfen.

gez.  
Gerhard  
Protokollführerin